

Der Coup von Tsipras



VON FERRY BATZOGLOU, ATHEN

Die Nachricht: Griechenlands Regierungschef hat gestern angekündigt, das Volk über ein mögliches Sparprogramm abstimmen zu lassen.

Der Kommentar: Rums – das hat gegessen! Alexis Tsipras will die Griechen darüber abstimmen lassen, ob sie die jüngsten ultimativen Forderungen ihrer Gläubiger EU, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds annehmen wollen oder nicht.

Tsipras, nach dem Wahltriumph vom 25. Januar an die Macht gekommen, muss spätestens am vorigen Donnerstag der Kragen geplatzt sein. Dann präsentierten Griechenlands Gläubiger dem umtriebigen Hellenen ein neuerliches, schmerzliches Spar- und Reformpaket. Nach dem Motto Friss oder stirb. Tsipras muss dies als eine Demütigung empfunden haben. Denn seiner Ansicht nach war er den omnipotenten Geldgebern bereits sehr weit entgegengekommen.

Daher will er das griechische Volk am 5. Juli bewusst nicht fragen lassen, ob es für oder gegen den Euro ist. Der bekennende Euro-Fan Tsipras setzt sich mit dem Referendum an die Spitze jener Euro-Befürworter in Griechenland, die endlich ein Ende des masslosen Sparkurses in Athen, ein Ende der «Kaputtsparei» wollen. Ein simples Weiter so, wie in den letzten fünf Jahren, kann und darf es im krisengebeutelten Griechenland einfach nicht geben, so ihre Lesart.

Kein Zweifel: Tsipras geht aufs Ganze. Er riskiert viel, bewusst auch den Verbleib in der Eurozone. Im Innersten hofft er aber, dass sich endlich auch die Gläubiger vom Fleck bewegen. Der Ball scheint mit Alexis Tsipras' Flucht nach vorn in Athen zu liegen. Ein Irrtum. In Wahrheit liegt er in Brüssel, Berlin, Frankfurt am Main und Washington.

ferry.batzoglou@hotmail.com

Einer wie Lincoln oder Kennedy



VON BENJAMIN WEINMANN

Die Nachricht: Die Urteile des Obersten Gerichtshofs der USA in den letzten Tagen zu Obamacare und zur Homo-Ehe waren historisch für das Land und wegweisend für das Vermächtnis von Barack Obamas Präsidentschaft.

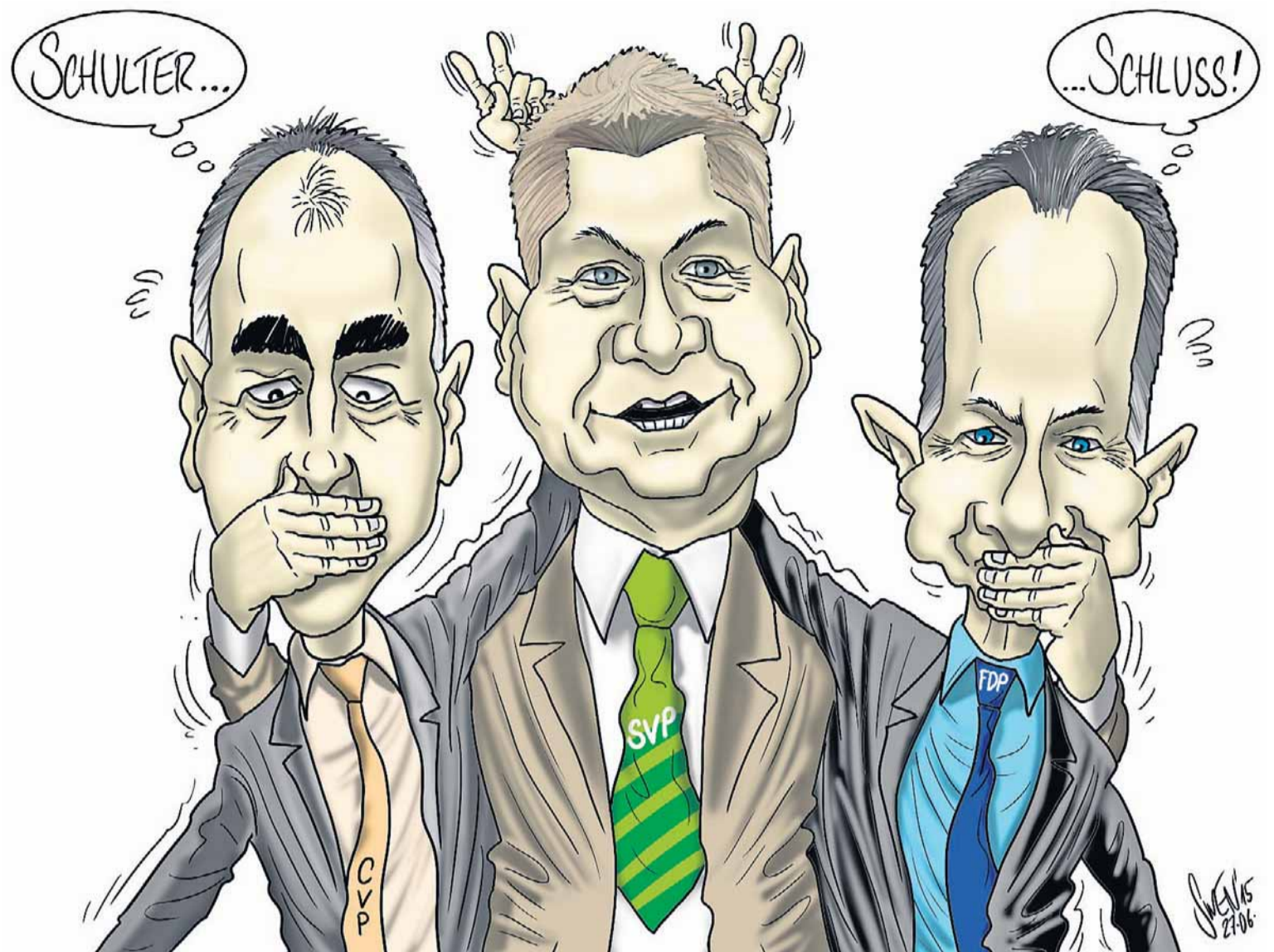
Der Kommentar: Da war er wieder. Der Heilsbringer. Der Seelsorger der Nation. Am Freitag, in einer seiner finsternen Stunden, beim Gedenkgottesdienst in South Carolina für die Opfer des brutalen Attentats auf schwarze Mitbürger in Charleston, begann er zu leuchten. Mitten in seiner Rede stimmte er zum Gospel «Amazing Grace» an – und berührte damit die Trauernden im Saal und die Mitbürger zu Hause vor dem Bildschirm. So, wie nur er es kann. Emotional. Authentisch.

Wenige Stunden zuvor hatte das Land ein historisches Urteil gefeiert. Das Oberste Gericht legalisierte die Ehe für Homosexuelle im ganzen Land. Barack Obama hatte sich 2012 als erster Präsident der USA für sie ausgesprochen. Und nur einen Tag zuvor hatte er seinen grössten Sieg errungen: Der US Supreme Court bestätigte Obamacare, das Gesundheitsgesetz, die jedem Bürger eine Versicherung zugestehet. Eine Reform, an der Hillary Clinton Jahre zuvor gescheitert war.

Die Absegnung von Obamacare, die Annäherung zu Kuba, der Atomdeal mit Iran: Obama befindet sich in einem Hoch, und das, nachdem seine Demokraten im Herbst eine bittere Wahlniederlage im Kongress einstecken mussten.

Während seine Vorgänger George Bush und Bill Clinton zum Ende ihrer Amtszeiten zu Lame Ducks mutierten, wirkt Obama, angetrieben von den aktuellen Erfolgen, plötzlich wieder frisch und gelöst wie zu seinen besten Yes-we-can-Zeiten. Im Wissen, dass er seinen Platz in der Reihe von Lincoln, Roosevelt und Kennedy als einem der bedeutendsten US-Präsidenten der Geschichte auf sicher hat.

benjamin.weinmann@schweizamsonntag.ch



Silvan Wegmann zur Woche: Bürgerlicher Schulterschluss.

■ GASTBEITRAG VON WALTER STÜDELI*

Lobbying: Raus aus der Dunkelkammer

Die Nachricht: Die Kasachstan-Affäre um Nationalrätin Christa Markwalder rückt die Intransparenz des Lobbyings im Bundeshaus in den Fokus.

Der Kommentar: Als Verband oder Firma kann man zwischen zwei Positionen wählen. Man duldet die Entscheide, die das Parlament fällt, von denen die Geschäftstätigkeit aber betroffen ist. Oder man nimmt eine aktive Rolle ein und versucht die Entscheide mitzugestalten.

Die Teilnahme am politischen Prozess gehört zur Sorgfaltspflicht von Verbänden und Unternehmen. Die Mitwirkung hat in der Schweiz eine langjährige Tradition und ist von der Verfassung her in der vorparlamentarischen Phase erwünscht. Verbände, Firmen und Experten werden gebeten, an Gesetzesentwürfen in Arbeitsgruppen mitzuarbeiten. Sie werden vom Bundesrat eingeladen, im Rahmen von Vernehmlassungen ihre Positionen und Änderungswünsche darzulegen. Die Teilnahme am politischen Prozess ist ein Wesensmerkmal einer funktionierenden Demokratie.

Klärungsbedarf zur Rolle der Interessenvertretung besteht während der Beratung im Parlament. Seien wir ehrlich: Es gehört zur Normalität, dass Lobbyisten nicht nur parlamentarische Vorstösse, sondern auch Anträge für Gesetzesänderungen verfassen. Diese orientieren sich stets am realpolitisch Möglichen. Sind die Vorschläge zu einseitig, wird sich kein Ratsmitglied einspannen lassen. Ist das Interesse zu partikulär, wird er oder sie keine Mehrheit in der Kommission und im Plenum finden. Jeder Vorschlag braucht breite Abstützung, damit er in zwei Kommissionen und in zwei Kammern Mehrheiten findet.

Die Öffentlichkeit erwartet zu Recht eigenständige und unabhängige Parlamentsmitglieder. Aufgrund der hohen Komplexität vieler Vorlagen und der grossen Zahl von Dossiers sind die Politiker jedoch auf die Unterstützung von Dritten angewiesen. Es wäre auch unverständlich, wenn die Interessengruppen abseitsstehen müssten, wenn die eigentlichen Entscheide gefällt werden. Problematisch ist nicht ihre Mitwirkung, sondern die fehlende Transparenz über ihre Arbeitgeber, Auftraggeber und Motive.

Die Public Affairs Gesellschaft SPAG hat Selbstregulierungsregeln erlassen. Jedes Mitglied muss seine Arbeitgeber und Mandate auf der Website publik machen. Die Selbstregulierung ist ein Schritt in die richtige Richtung. Problematisch sind zwei Punkte:

Die SPAG hat noch keine Mitglieder ausgeschlossen, die sich nicht an die Regeln halten. Und nur ein Bruchteil der im Bundeshaus tätigen Lobbyisten sind Mitglieder der SPAG. Verbindliche Regeln, die für alle Lobbyisten gelten, sind deshalb nur mit einer staatlichen Regelung umsetzbar. Zu bedenken ist, dass eine strikte Trennung von Parlamentsmandat und Lobbying in einem Milizparlament nie möglich sein wird. Einige Ratsmitglieder sind de facto bezahlte Lobbyisten.

Folgende Punkte müssten vom Parlament verbindlich geregelt werden:

1. Das veraltete System der Götti-Badges soll durch ein Akkreditierungssystem abgelöst werden. Die Ratsmitglieder sind damit nicht mehr für den Zutritt der Lobbyisten verantwortlich, die gegenseitige Unabhängigkeit steigt. Akkreditiert werden Lobbyisten, die sich an Transparenzvorgaben bezüglich Arbeitgeber und Mandate halten. Sie verpflichten sich, einen Verhaltenskodex einzuhalten. Verletzen sie ihn, werden sie aus dem Bundeshaus ausgeschlossen.

2. Die Transparenzvorgaben gelten auch für die Ratsmitglieder. Anwälte und Beratungsfirmen (nicht aber Ärzte) müssen ihre Klienten ebenfalls öffentlich machen. Verletzen sie die Regeln, so werden sie ein bis sechs Monate aus Kommissions-sitzungen ausgeschlossen.

3. Das Kommissionsgeheimnis gilt weiterhin für Sitzungsprotokolle. Alle Anträge und die Antragsteller sowie alle Berichte der Verwaltung werden öffentlich gemacht. Viele Verbände, die «eigene» Ratsmitglieder haben, erhalten diese Informationen schon heute. Transparenz schafft gleiche Mitwirkungsmöglichkeiten für alle.

Im Wahljahr will sich jedes Ratsmitglied profilieren. So wurden in der Sommersession zahlreiche Vorstösse eingereicht, ein gesamtheitliches Konzept fehlt. Das Parlament sollte eine Arbeitsgruppe bilden, die umfassende Vorschläge erarbeitet. Experten, darunter Lobbyisten, sollen wie üblich beigezogen werden. Auch in eigener Sache.



* Walter Stüdeli ist Geschäftsführer der Lobbying-Agentur Köhler, Stüdeli & Partner. Er ist Mitglied der Schweizerischen Public Affairs Gesellschaft SPAG.

■ TWEETS DER WOCHE

«Glückwunsch, Deutschland. Wir sind jetzt offiziell rückwärtsgewandter als die USA und das katholische Irland. #LoveWins» Nach der Legalisierung der Homo-Ehe durch das US-Bundesgericht sieht der deutsche Twitterer Gerald Hensel (@ghensel) sein Land im Hintertreffen.

«Brief history of Greek referenda: 1. The one in 1974 2. The one Papandreou called in Nov 2011 (It never happened, he lost his job)» Lorcan Roche Kelly (@LorcanRK) weist darauf hin, dass die Griechen wenig Erfahrung in der Ausübung dieses Instruments haben.

«Die EU ist der Versuch, Probleme zu lösen, die souveräne Staaten nicht hätten.» Der Zürcher SVP-Kantonsrat Claudio Zanetti (@zac1967) wagt eine Variation über den Witz: Lehrer helfen Schülern, Probleme zu lösen, die diese ohne sie nicht hätten.

«Wal-mart, Sears to finally stop selling Confederate flag merchandise. Special «4th of July White Sale» planned?» Der US-Filmemacher Michael Moore (@MMFlint) hat Ideen, wie man überschüssige Lagerbestände der umstrittenen Südstaatenflagge liquidieren könnte.

«Ich bin erst dran mich einzuleben. Aber hat jemand mal versucht, die Altstadt von diesen Parkplätzen zu befreien? @zofingen» Der Aargauer SP-Nationalrat Cédric Wermuth (@cedricwermuth) hat eine konfrontative Vorstellung vom Sicheinleben.

«Griechen bitten Taylor Swift einen Brief an die EU zu schreiben.» So allegiert Harald Schmidt (@BonitoTV). Vermutlich wäre die Entertainerin auch damit erfolgreich.